



Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— Mk., bei Selbstabholung 5.50 Mk. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— Mk., für einen Monat 6.— Mk., Bestellgeld vierteljährlich 90 Pfg., monatlich 30 Pfg. Preis der Einzelnummer 30 Pfg. — Tel. 4508. — **Postcheckkonto** Nr. 53477

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig
 Telefon 13093. — **Verlag in Leipzig,** Tauchaer Straße 19/21 — Telefon 4508

Inseratenpreis: Die 7 gespaltene Kolonelle oder deren Raum 1.90 Mk., bei Platzvorschrift 2.30 Mk.; Familiennachrichten, die 7 gespaltene Zeile 1.70 Mk., Reklame-Kolonelle 7.50 Mk. — Telefon für die Inseraten-Abteilung 2721
 Schluß der Inseraten-Aufnahme für die nächste Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

Die Brüsseler Konferenz.

Brüssel, 18. Dezember. Amtlicher Bericht. Die Konferenz hat die Darlegungen angehört, welche namens der deutschen Delegation gemacht wurden.

1. von Direktor De Saire über die Folgen der Anwendung der wirtschaftlichen Klauseln des Vertrages auf den Wiederaufbau Deutschlands.

2. Darlegungen von Dr. Meißner über das deutsche Eigentum im Ausland und über die Anwendung des § 18 des Annexes 2 des Teiles 3 des Friedensvertrages.

3. Darlegungen des Generaldirektors Cuno über die Folgen des Verlustes der Handelsmarine für Deutschland.

4. Erklärungen des Baudirektors v. Stauß über die Rückwirkung der Anwendung der Verpflichtungen des Verfallers Vertrages über die Ausgleichsamter auf den deutschen Wirtschaft.

Nachdem die deutsche Delegation sich zurückgezogen hatte, haben die Delegierten der Alliierten bestimmte Persönlichkeiten aus ihrer Mitte damit beauftragt, von den Vertretern Deutschlands nähere Einzelheiten über einige der Punkte zu beschaffen, die im Verlaufe der Sitzung zur Sprache gekommen sind.

Die Ausnahme der deutschen Vorschläge.

Paris, 19. Dezember. Der erste französische Delegierte auf der Sachverständigenkonferenz in Brüssel, Monsieur de Saire, hat die Sachverständigenkonferenz in Brüssel erklärt dem Sonderberichterstatter des Matin: Die Deutschen haben ihre Darlegungen unterbreitet und die Vorbehalte gemacht, die sie machen müssen und die wir erwarten haben. Das Wesentliche ist, daß die Entscheidung nunmehr auf glückliche Art eröffnet worden ist. In den gelebten Verhandlungen, die jeder Delegierte mit den Deutschen haben wird, werden wir feststellen, welche wirklichen Möglichkeiten und welcher gute Wille vorhanden ist, um zu einem vorbereitenden Einverständnis zu gelangen, das gestattet, die Konferenz in Genf, die die Entscheidung treffen soll, aufzufüllen und mit Belegen zu versehen. Die Deutschen, so erklärte Saire, hätten eine untadelige Haltung. Sie lebten ihren Standpunkt ohne Umschweifung und ohne Spur eines aggressiven Geistes aus. Man könne nur hoffnungsvoll sein, wenn eine Konferenz ihre Arbeiten so verfolge und so führe. Der Sonderberichterstatter des Matin stellt fest, daß diese Auffassung von allen anderen Delegierten der Alliierten geteilt wird.

Nach einem Tages-Neuer-Bericht haben die Vorschläge und Anregungen des Staatssekretärs Bergmann zum Teil bereits grundsätzliche Billigung der Alliierten gefunden, während andere von vornherein verworfen worden sind. Die Hauptzahl der Vorschläge steht noch zur Besprechung. So haben zum Beispiel die Alliierten wegen der von deutscher Seite vorgebrachten Forderung der Befreiung der Kolonien, bei ihren Regierungen darüber Verhandlungen einzuhalten, damit sie mit den deutschen Angaben vereinbar werden können.

Die Mandate über die Kolonien.

Genf, 18. Dezember. Der Völkerbundsrat hat gestern die Mandatsprojekte geprüft, die ihm von einigen Mitgliedern unterbreitet worden waren. Die Mandate sind: Samoa, das Neuseeland, Neuguinea und die anderen Inseln südlich des Äquators (Australien), Nauru (England), das frühere Deutsch-Ostafrika (Südafrika), die Inseln des Stillen Ozeans nördlich des Äquators (Japan). Nach einer Erklärung des japanischen Vertreters, der Vorbehalte über die Behandlung japanischer Untertanen in den Mandatsgebieten machte, sagte der Rat Beschlüsse über die Mandatsausübung. Eine amtliche Mitteilung bringt den Text des Beschlusses über Samoa, dessen Mandat namens Neuseeland von England ausgeübt wird. Danach haben die Mandatäre volle administrative und gerichtliche Gewalt über das Mandatsgebiet, auf das als Bestandteil des betreffenden Landes die Gesetze der Mandatäre Anwendung finden. Die übrigen Artikel des Beschlusses enthalten Bestimmungen über das Verbot der Sklaverei und Zwangsarbeit, abgesehen von Arbeiten, die öffentliches Interesse haben, über die Kontrolle des Waffen- und Munitionshandels, das Verbot des Handels mit alkoholischen Getränken, das Verbot von Militärinstruktion für Eingeborene außer für Polizeibedürfnisse. Ferner wird die Errichtung von Militär- oder Flottenstützpunkten und Befestigungen im Mandatsgebiet untersagt. Missionare aller Völkerbundsmitglieder haben freien Zutritt. Die Mandatäre müssen dem Rat einen Jahresbericht zu stellen, worin jede mögliche Auskunft über die Mandatsausübung erteilt wird. Alle Änderungen in den Mandatsbestimmungen bedürfen der Einwilligung des Völkerbundes. Streitfälle, die zwischen dem Mandatar und einem Völkerbundsmitglied über die Auslegung des Mandats bestehen und nicht auf dem Wege von Verhandlungen zu regeln sind, müssen einem internationalen Gerichtshof unterbreitet werden.

Gespannte Atmosphäre in Italien.

Berlin, 20. Dezember. (Eigene Drahtmeldung der V. B.) In Rom ist es gestern zu Kravallen im und vor dem Parlament gekommen. In Bologna hatten Nationalisten die Sozialisten angegriffen, die gegen die Anwendung demonstrieren. Als dies im Parlament bekannt wurde, bemühten sich die sozialistischen Abgeordneten eine ungeheure Erregung. Sie drangen auf den Minister des Innern ein, den sie dafür verantwortlich machten. Er wurde tödlich bedroht. Die Sitzung mußte auf 1 1/2 Stunde unterbrochen werden. Vor dem Parlament demonstrieren unterdessen Tausende von Kriegsveteranen für die Erhöhung ihrer Renten. Die Menge durchbrach den Gendarmerie-Rordon, wobei die Versammlung ihre Holzglieder als Waffen benutzten. Die Menge richtete einen Steinhaufen auf den Parlamentseingang. Revolverkämpfe fielen. Erst als eine interfraktionelle Abordnung mitteilte, daß Giolitti seinen ein Gesicht zur Verbesserung der Renten eingebracht habe, verließ sich die Menge. Im Senat kam es zu Kravallen bei der Beratung des Vertrages von Rapallo. Unter rasendem Beifall seiner Freunde sprach Ciano, ohne Annahmestimmungen der italienischen Forderungen. Dies rief Empörungskräfte hervor. Der Vertrag wurde schließlich mit großer Mehrheit angenommen.

Wiedereröffnung der Berliner Hotel-Betriebe.

Berlin, 20. Dezember. (M.) Nach einer Versammlung der Hotelbesitzer am Sonnabend, in der die Lage der Gastwirte und Hotelbesitzer noch einmal eingehend besprochen wurde, wurde bekanntgegeben, daß man von den Behörden befriedigende Zusagen erhalten habe. Es wurde daher die Wiedereröffnung der Restaurations- und Hotelbetriebe empfohlen. Infolgedessen sind am Sonntag die seit sechs Tagen geschlossen gewesenen Küchen der Hotels und Restaurants am Sonntag wieder eröffnet worden.

Der Kampf um das Brünner Elektrizitäts-Werk.

Prag, 18. Dezember. Das Brünner Blatt Lidove Noviny bringt Einzelheiten über die Vertreibung der Kommunisten aus dem Brünner Elektrizitätswerk in Dolan. Nach diesem Bericht ist es in der Nähe der Ortschaft zu einem regelrechten Gefecht mit Kommunisten gekommen, die nach zwei Angriffen in die Flucht geschlagen wurden. 2 Kommunisten wurden getötet, 6 verwundet, 60 gefangen genommen. Es wurden 3 Maschinengewehre erbeutet.

Sozialistenverfolgungen in Sowjetrußland.

O. E. Wie die Moskauer Zowestija, Nr. 206, mitteilt, hat die außerordentliche Kommission zur Bekämpfung der Gegenrevolution (die sog. Tscheka) für die Ukraine über das Schicksal der Sozialdemokraten („Renschewiki“) entschieden, die im August in Charkow bei einer Parteikonferenz verhaftet worden waren. Von ihnen sind zehn für die Dauer des Bürgerkrieges, das heißt für unbestimmte Zeit, zu Zwangsarbeiten in einem Konzentrationslager verurteilt. Das Revolver-Organ der Sozialrevolutionäre Narodnaja Dsjelo bringt ein Verzeichnis von 63 Sozialrevolutionären, die im Jaroslauer Zuchthaus zum Teil bereits das zweite Jahr in Unterjochungshaft gehalten werden. Dem Blatt zufolge wagen die Sowjetbehörden nicht, die Angelegenheit vor das Gericht zu bringen, da sich nur wenigen von den Inhaftierten eine aktive politische Betätigung nachweisen ließe, und die übrigen nur ihrer Gefinnung wegen verfolgt werden könnten. Von den Häftlingen haben die meisten während der Zarenzeit als Revolutionskämpfer langjährige Zuchthaus-, Gefängnis- und Verbannungsstrafen erlitten, drei von ihnen sind auch von der Regierung als Kollaborateure verfolgt worden. Sechs sind Mitglieder der russischen Konstituante gewesen. Ein Brief von einem der gefangenen Sozialrevolutionäre, der im Blatt abgedruckt wird, schildert das Leben im Zuchthaus als ein langsames Dahinsinken und eine unerträgliche Hungerqual.

Rußland und Rumänien.

Nach einer Meldung des Moskauer Bureaus hat Tschitschery an Rumänien erneut die Bitte gerichtet, zum Zwecke von Friedensverhandlungen Ort und Datum der Verhandlungen zwischen Rumänien und Rumänien festzusetzen. Die russische Regierung betont, es sei trotz der erheblichen Befestigung der politischen und militärischen Lage der russischen Republik ihr Friedenswunsch und ihre feste Entschlossenheit, freundschaftliche Beziehungen mit den anderen Staaten anzuknüpfen, derart, daß sie bereit sei, in breitem Maßstabe die Wünsche zu erfüllen, welche die rumänische Regierung äußern könnte. Von der Zusage der strengen Neutralität nimmt die russische Regierung Kenntnis, bittet jedoch Rumänien um genaue Mitteilungen über die bewaffneten Kräfte der Gegenrevolution, die von den rumänischen Behörden entwaffnet wurden.

Das irische Somerville-Gesetz.

London, 20. Dezember. (M.) Eine außerordentliche Sitzung des Ober- und Unterhauses beschäftigte sich mit der Gesetzesvorlage über die Somerville. Die Regierung erklärte, daß die vom Oberhaus angenommene Forderung, die ganze Bedeutung des Gesetzes geändert hat. Die letzte Oberhausänderung würde aus Irland eine ständige Kronkolonie machen. Ferner hat das Oberhaus innerhalb zweier Jahre dafür zu sorgen, daß eine neue Abänderung erfolgen soll. Irland würde dann in Gestalt, daß Nordirland die Somerville haben würde, während Südirland als Kronkolonie regiert wird. Da das gegenwärtige irische Parlament nur bis 1924 Sitz hat, schloß die Regierung vor, für drei Jahre einen Versuch mit dem Abänderungsparagrafen zu machen. Bei Ablauf des Parlaments hätte das neue Parlament dann wenigstens nicht die schwere Erbschaft eines neuen Somervillegesetzes zu übernehmen.

Dublin, 18. Dezember. Gestern sind amtliche Angaben über die Verluste des Militärs und der Polizei in Irland veröffentlicht worden. Vom 1. Januar bis 11. Dezember wurden 169 Polizisten und 52 Militärpersonen getötet, 245 Polizisten und 1108 Militärpersonen verwundet. — Am Freitag drangen englische Truppen in das Karmeliter-Kloster ein und nahmen dort eine Hausdurchsuchung vor, desgleichen im Franziskaner-Kloster. Vater Dominik, der Reichsvater des Bürgermeisters von Cork, wurde verhaftet.

Abberufung des englischen Gesandten in Athen?

Paris, 18. Dezember. Wie das Echo de Paris meldet, soll der englische Botschafter Lord Hardinge gestern nachmittag im Einzel mitgeteilt haben, daß die Abberufung des englischen Gesandten, sowie der Militär- und Marine-Mission in Athen erfolgt sei. — Nach einer späteren Meldung sagt das Blatt, daß an dem Widerstand der italienischen Regierung der Plan gescheitert ist, die Gesandten Frankreichs, Englands und Italiens in dem Augenblick aus Athen abzurufen, in dem König Konstantin dort seinen Einzug hält.

Der Traum von deutscher Demokratie

Die Reichstagswahl im Sommer dieses Jahres brachte eine erfreuliche Klärung der politischen Situation in Deutschland. Mit aller Deutlichkeit zeigte sie den Abmarsch großer Wählermassen nach rechts und nach links. Die Abkehr breiter Schichten von der verschwommenen Politik der Mittelparteien. Große Massen der Arbeiter vollzogen die Trennung von den Rechtssozialisten, die sich durch ihre Kriegs- und Durchhaltepolitik und ihre verhängnisvolle Koalitionspolitik nach der Revolution als unfähig zu einer Politik erwiesen hatten, die das Klasseninteresse des Proletariats erforderte. Andererseits schloßten die bürgerlichen Schichten aus dem Lager der demokratischen Partei, in dem sie sich nach der Revolution zusammengefunden hatten. Sie kehrten zurück in die Reihen der bürgerlichen, reaktionären Parteien, aus denen sie gekommen waren. Damit wurde nicht nur eine Klärung der Situation herbeigeführt, sondern es wurde zugleich einer politischen Ullage ein Ende gemacht, der weiterverbreiteten Ullage nämlich, als gäbe es in Deutschland tatsächlich eine starke bürgerlich-demokratische Partei, die bereit sei, tatkräftig an einer freibleibenden Entwicklung und einer Demokratisierung Deutschlands zu arbeiten.

Es bedarf keines Beweises, daß das deutsche Bürgertum vor der Revolution nie demokratisch gewesen ist. Das wird schon durch die einfache Tatsache bestätigt, daß vor der Revolution, zu einer Zeit also, als die Junkerreaktion in Deutschland herrschte und für eine wahrhaft demokratische Partei ein weites Arbeitsfeld vorhanden war, in Deutschland keine demokratische Partei existierte. Erst nach der Revolution, als das Proletariat einen großen Teil der demokratischen Forderungen verwirklicht hatte, erschien die deutsche demokratische Partei auf der Bildfläche. Sie wurde bei den Nationalparlamentwahlen die zweitstärkste bürgerliche Partei, die fast ebenso stark war, wie die alte Zentrumspartei. Aber schon anderthalb Jahre später zeigte es sich, wie es in Wirklichkeit um die demokratische Ueberzeugung dieser November-DEMokraten bestellt war. Drei Fünftel der demokratischen Wähler ließen bei den Wahlen im Juni dieses Jahres das Banner der Demokratie treulos im Stich. Und was von der demokratischen Grundhaltungen der übrig gebliebenen zwei Fünftel zu halten war, hat ihre Tätigkeit in der Koalitionsregierung mit aller Deutlichkeit offenbart. Heute muß es auch politisch Blinden klar geworden sein, daß von dieser Sorte Demokraten eine Demokratisierung Deutschlands nicht erwartet werden darf. Dafür haben die Verhandlungen des demokratischen Parteitags, der in diesen Tagen in Nürnberg abgehalten wurde, neue Beweise geliefert. In großen Worten und schönen Reden über Demokratie hat es freilich auf dieser Tagung nicht gefehlt. Aber alle die brühenden Worte können doch nicht über die Tatsache hinwegtäuschen, daß die oft mit so großer Begeisterung abgelegten Bekenntnisse zur Demokratie doch nur Lippenbekenntnisse, zum Teil wohl auch Selbsttäuschungen sind.

Das zeigte schon die große Rede über die politische Lage, mit welcher der Vorsitzende der Partei, der Senator Dr. Petersen, die Verhandlung einleitete. Er redete viel von Demokratisierung. Er forderte die „Durchführung von Volk und Staat mit dem demokratischen Gedanken der Gerechtigkeit“. Die Ausgestaltung zu einer großen demokratisch-republikanischen Partei müsse das politische Ziel bleiben, weil Deutschland eine solche Partei dringend nötig brauche. Unverrückbar auf dem Boden der Republik stehend, müsse diese Partei eine gesunde, starke nationale und soziale Politik treiben. Wenn man aber den Kern der langen Rede herausfährt, so bleibt eigentlich als positives Ergebnis nur das Bekenntnis zu „unser überlegen Wirtschaftsordnung“. Diese habe bewiesen, daß sie auch geeignet sei, die Arbeiterklasse in ihrer Lebenslage zu heben. Der alte liberale Manchestermann kommt also nach zum Vorschein, wenn man den bunten blumigen Schleier hinwegzieht. Wie die Demokratisierung Deutschlands und der „Wiederaufbau der Welt“, der nach einer Aeußerung des zweiten Referenten, Ruschke, die wahre Aufgabe der Demokraten aller Länder ist, kann man sich nach diesem demokratischen Bekenntnis leicht vorstellen. Unter diesem Gesichtswinkel betrachtet, erscheint auch das Versagen des ehemaligen Staatsministers Dr. Preuß nach vollständiger Freiheit und freier Bewegung im Innern als ein Ausfluß der alten liberalen Denkweise, die letzten Endes auf nichts andres als die Freiheit des Kapitalismus auf ungehemmte Ausbeutung der Arbeiterklasse hinausläuft. Wie sehr der alte liberale Manchestergeist die Nürnberger Verhandlungen durchweht, geht auch aus einer Aeußerung des Abgeordneten Dr. Bäumler hervor, die in der Debatte über die Wirtschaftsfrage äußerte: „Wir dürfen uns nicht zurückziehen auf ein Manchesterium, unter dem schon einmal die Demokratie Schiffbruch gestitten hat.“

Wie nahe man in Wirklichkeit diesem neuen Schiffbruch der Demokratie ist, bewies u. a. auch die Rede des Reichswehrministers Dr. Gehler, der über die „Demokratisierung des Heeres“ höchst merkwürdige Anschauungen entwickelte. Selbst das